

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuß**

19. Sitzung  
am Donnerstag, dem 18. September 1997, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

## **Anwesende Abgeordnete**

Caroline Schwarz (CDU)

Lothar Hay (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Frauke Walhorn (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Ursula Röper (CDU)

Angelika Volquartz (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Thorsten Geißler (CDU)

stellvertretende Vorsitzende

in Vertretung von Helmut Jacobs

(zeitweise)

(zeitweise)

in Vertretung von Dr. Ulf von Hielmcrone

(zeitweise)

in Vertretung von Dr. Ulf von Hielmcrone

(zeitweise)

in Vertretung von Helmut Jacobs

(zeitweise)

in Vertretung von Dr. Ulf von Hielmcrone

(zeitweise)

## **Weitere Anwesende**



<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Mitteilungen</b>	<b>5</b>
<b>2.</b>	<b>a) Musikunterricht und Musikerziehung in Schleswig-Holstein - Entwicklung seit 1988 und Perspektiven</b> Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDUDrucksache 14/388	<b>6</b>
	<b>b) Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins</b> Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPDDrucksache 14/463	<b>7</b>
	<b>c) Heimat- und Regionalkultur</b>  Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDUDrucksache 14/464	<b>12</b>
<b>3.</b>	<b>Förderung der Kulturwirtschaft und Förderung kultureller Investitionen in den Landesteilen</b> Schreiben des Landeskulturverbandes vom 19. Juni 1997 Umdruck 14/1042	<b>13</b>
<b>4.</b>	<b>Stärkung des internationalen Studienstandortes Schleswig-Holstein</b> Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/780 Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Weber (SPD) und Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 14/1037	<b>14</b>
<b>5.</b>	<b>Zukunft des Instituts für Toxikologie an der Medizinischen Universität zu Lübeck</b>	<b>15</b>
<b>6.</b>	<b>a) Bericht der Landesregierung zur Auswirkung der Haushaltsbeschlüsse 1997 auf die personelle und finanzielle Situation der Hochschulen</b> Umdruck 14/936	<b>16</b>
	<b>b) Bericht der Landesregierung zum Hochschulsonderprogramm III</b> Umdruck 14/1015	
<b>7.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes</b>	<b>17</b>
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDUDrucksache 14/906	
<b>8.</b>	<b>a) Hochbegabtenförderung</b> Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/150	<b>18</b>
	<b>b) Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen</b> Bericht der Bildungsministerin Umdruck 14/518	
	<b>c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des</b>	

	<b>Schulgesetzes</b> Geszentwurf der Fraktion der CDU	
	Drucksache 14/899	
	d) <b>Hochbegabtenförderung in der Grundschule</b> Antrag der Fraktion der CDU	
	Drucksache 14/900	
	e) <b>Bericht über das Konzept zur Förderung von besonders begabten Kindern und Jugendlichen</b> Bericht der Landesregierung	
	Drucksache 14/796	
9.	<b>Bericht des Bildungsministeriums zum "Datenskandal" an der Lübecker Brockes-Schule</b>	20
10.	<b>Verschiedenes</b>	21

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Mitteilungen**

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, trägt den Appell des Rates der Region Sønderjylland/Schleswig vor, bei der geplanten Hochschulstrukturreform die grenzüberschreitenden Studiengänge zu erhalten und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu stärken (Umdruck 14/1123).

Punkt 2 der Tagesordnung:

#### **a) Musikunterricht und Musikerziehung in Schleswig-Holstein - Entwicklung seit 1988 und Perspektiven**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 14/388 (Fortsetzung der Beratung vom 7. August 1997)

Abg. Volquartz fragt nach der Zahl der Bewerber mit der Facultas Musik, der Zahl der Einstellungen in den Schuldienst und der Möglichkeit der Verbeamtung für Musiklehrer.

MR Ostertun macht darauf aufmerksam, daß Musiklehrer mit voller Stelle eingestellt würden; Verbeamtungen hingegen gebe es praktisch nicht mehr.

Abg. Dr. Rossmann fragt nach Vorstößen zur Initiative "Künstler an die Schulen".

Nach den Worten von MR Ostertun arbeiten Schulen und Künstler vor Ort durchaus zusammen, dieser Prozeß werde allerdings nicht von oben gesteuert.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Rossmann (Fragen 33 und 34 der Antwort auf die Große Anfrage) antwortet MDgt Dr. Carl, ein genereller Rückzug aus der Projektförderung sei nicht geplant. Auf eine Frage von Abg. Vorreiter (Fragen 44 und 45) erwidert er, Erkenntnisse über die Schließung von Musikschulen lägen nicht vor.

Auf Fragen der Abgeordneten Röper und Vorreiter zur Förderung der Musikschulen erwidert St Dr. Swatek, mit einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes werde man sich im Rahmen der Haushaltsberatungen beschäftigen müssen. Der Beitrag des Musikfestivals zur Förderung

der Musikschulen über den sogenannten Musikschultaler müsse noch deutlicher herausgearbeitet werden. - MDgt Dr. Carl stellt klar, daß die zusätzlichen Einnahmen über den Musikschultaler, die vom Verband der Musikschulen auf alle Musikschulen verteilt würden, der Verbesserung des Angebots dienen. Die vom Landesmusikrat in der Kultur-Anhörung vorgelegten Zahlen seien korrekt, die Breite seiner Arbeit einschließlich der Rock- und Pop-Musik sei trotz der erheblichen Reduzierung der institutionellen Förderung gerade noch gesichert.

**b) Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/463 (überwiesen am 13. März 1997 zur  
abschließenden Beratung; Fortsetzung der Beratung vom 7. August  
1997)

**I. Grundlagen**

Abg. Dr. Rossmann fragt zum einen nach Verhandlungen zwischen Landesregierung und kommunalen Landesverbänden in Sachen Kulturförderung via Finanzausgleich analog zur Theaterförderung und zum anderen nach grenzüberschreitenden Kulturprojekten wie Ars Baltica.

St Dr. Swatek äußert sich hinsichtlich der Verhandlungen mit den Kommunen über eine Änderung der Grundlagen der Kulturförderung (vgl. Musikschulproblematik) mit Blick auf die Diskussion über die Funktionalreform eher zurückhaltend. Hinsichtlich der grenzüberschreitenden Kulturförderung, für die zusätzliche Mittel nur in sehr beschränktem Umfang zur Verfügung gestellt werden könnten, verweist er auf die Bedeutung von Ars Baltica und die anstehende Kultusministerkonferenz der Ostseeanrainerstaaten in Lübeck. Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Rossmann teilt er mit, den Gesetzentwurf zur Umwandlung des Schleswig-Holstein Musik Festivals in eine öffentlich-rechtliche Stiftung habe man bisher aus Rücksicht auf die betroffenen Beiräte und den Festivalverein zurückgehalten, um einen Motivationsbruch zu vermeiden.

Von Abg. Röper auf die Arbeit der Grenzverbände angesprochen, führt der Staatssekretär aus, die Grenzverbände müßten ihre eigene Rolle und Funktion noch endgültig definieren und Kooperationsmöglichkeiten verstärken. Nachdem ein entsprechendes Tagungsstättenkonzept mit den Betroffenen unter externer Moderation diskutiert worden sei, werde es - voraussichtlich im Spätherbst - dem Bildungsausschuß vorgetragen werden können.

## II. Entwicklung einzelner Kultursparten

Abg. Schröder spricht sich gegen Kürzungen bei den Meisterkursen aus.

Auch St Dr. Swatek würdigt mit Orchesterakademie und Meisterkursen das besondere Profil und den pädagogischen Ansatz des Musikfestivals.

Auf eine Frage von Abg. Schröder erwidert MDgt Dr. Carl, ein ähnlich großzügiges Stipendiatenmodell für bildende Künstler wie in Schleswig-Holstein gebe es in anderen Bundesländern nicht. Auf eine Frage von Abg. Weber erwidert er, die Gelder für Kunst am Bau würden in der Regel zweckentsprechend eingesetzt.

Auf eine Frage von Abg. Röper zum Büchereiwesen erwidert St Dr. Swatek, wenngleich man sich mit dem Büchereiverein über die Finanzierung der laufenden Verträge geeinigt habe, erwarte man eine gewisse betriebswirtschaftliche Flexibilität.

Auf Fragen von Abg. Schröder teilt MDgt Dr. Carl mit, seit drei Jahren kooperierten die Dichtergesellschaften mit eigenem Haus zumindest im Rahmen des Literatursommers sowie im Rahmen eines entsprechenden Faltblattes miteinander. Die Zusammenarbeit von Literaturgesellschaften mit Schulen sei ausbaufähig. Die Bereitschaft, Lesungen zu sponsern, sei nicht besonders groß.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Rossmann räumt MDgt Dr. Carl ein, die Altersstruktur der Besucher des Flensburger Theaters sei ungünstig. Das Landestheater bemühe sich - insbesondere mit Blick auf den anstehenden Intendanzwechsel -, die Attraktivität durch entsprechende Gestaltung des Spielplanes, Öffentlichkeitsarbeit und spezifische theaterpädagogische Angebote auch für junge Menschen zu steigern. Zu diesem Ziel solle auch das Kinder- und Jugendtheater beitragen.

Abg. Fröhlich hält die Richtlinie, wonach von den freien **Theatern** nur diejenigen mit fester Spielstätte gefördert würden, für überholt.

St Dr. Swatek erwidert, die institutionelle Förderung der freien Theater beschränke sich in der Tat auf Spielstätten, um fixe Kosten der Unterhaltung zu bezuschussen; das Verhältnis zum Umfang der Projektfördermittel werde überprüft.

Abg. Dr. Klug bittet, die Besucherzahlen der Bühnen der Landeshauptstadt zu aktualisieren, und erkundigt sich nach dem Stand der Überlegungen zur Kooperation der drei großen Bühnen im Lande.

Nach Mitteilung von MDgt Dr. Carl sind die Spielpläne der großen Bühnen besser aufeinander abgestimmt. Während es hinsichtlich des Austausches der Bühnenbilder keine technischen Schwierigkeiten gebe, gebe es hinsichtlich des flexiblen Einsatzes der Kollektive Chor, Ballett und Orchester noch tarifrechtliche Probleme, die aber zunehmend gelöst würden. Eine Frage von Abg. Röper beantwortet er dahin, man werde sich bemühen, die Fortbildungsmittel für die niederdeutschen Theater, deren Arbeit durch den SHHB koordiniert werde, nicht weiter zu kürzen.

### **III. Pflege des kulturellen Erbes und der Vermittlung von Kultur**

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug teilt St Dr. Swatek mit, die Landesregierung strebe an, die **Museen** in Schleswig in Form einer öffentlich-rechtlichen Stiftung zusammenzuführen. Sobald das Konzept mit den Betroffenen erörtert worden sei, werde es dem Bildungsausschuß - voraussichtlich im Spätherbst - vorgestellt werden können. Von der Konzentration des Museumsstandortes Schleswig (Stichwort "Flaggschiff") erhoffe man sich Effizienzgewinne und Synergieeffekte.

Abg. Fröhlich problematisiert die Konstruktion einer Stiftung vor dem Hintergrund der "Vielgestaltigkeit und Kleinteiligkeit der Museumsarbeit" und der kulturpolitischen Einflußnahme des Landtages.

St Dr. Swatek weist auf die Selbständigkeit des Landesmuseumsamtes und die Möglichkeit des Landtages hin, den kulturpolitischen Auftrag über die Bezuschussung beziehungsweise Organisation der Stiftung wahrzunehmen.

Abg. Volquartz plädiert dafür, die abgeordnete Museumspädagogikstelle im Landesmuseumsamt als ordentliche Stelle zu installieren und die Naturkunde im musealen Bereich auszubauen.

St Dr. Swatek entgegnet, hinsichtlich der abgeordneten Stelle für Museumspädagogik im Landesmuseumsamt bestehe aus Sicht des Kultusministeriums zur Zeit kein Anlaß zur Veränderung. Die Naturkunde sei in Kiel ausgebaut worden, außerdem gebe es ein Angebot in Lübeck sowie das Angebot der Phänomenta in Flensburg.

Der Direktor des Landesmuseumsamtes, Dr. Sydow, führt aus, im Ferienland Schleswig-Holstein gebe es gewisse Desiderate der Naturkunde; das Zoologische Museum in Kiel könnte ein Kernpunkt sein.

Abg. Dr. Rossmann spricht sich gegen ein zentrales Naturkundemuseum und für ein Museum der Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein aus und bittet im übrigen um Aktualisierung der Besucherzahlen für die Landesmuseen.

Abg. Dr. Klug thematisiert den Zusammenhang zwischen Besucherzahlen und Eintrittspreisen der Museen.

Dr. Sydow weist hinsichtlich der Ermittlung der Besucherzahlen in den Museen in der Bundesrepublik Deutschland auf die Zuständigkeit des Instituts für Museumskunde in Berlin hin und teilt mit, daß die Besucherzahlen in den rund 150 schleswig-holsteinischen Museen mit 3,1 Millionen bis 3,2 Millionen seit vielen Jahren relativ stabil seien. Während die zehn staatlichen Museen jährlich 0,5 Millionen Besucher aufwiesen, besuchten 2,6 Millionen Menschen die über 140 nichtstaatlichen Museen im Lande. Aufgrund der fühlbaren allgemeinen Finanzknappheit und der daraus resultierenden Anhebung der Eintrittspreise komme es in Zukunft mehr denn je darauf an, die Attraktivität und Qualität der einzelnen Museen zu stärken.

Der Direktor des Archäologischen Landesmuseums, Professor Dr. Schietzel, teilt mit, das Archäologische Landesmuseum und Wikingermuseum als Teil der CAU sei die größte Forschungseinrichtung dieser Art in Deutschland und genieße international hohe Anerkennung.

Abg. Schröder regt an, die Filme des Archäologischen Landesamtes über die Bildstellen den Schulen zugänglich zu machen.

Nach Worten von Professor Dr. Schietzel sind die Filme integraler Bestandteil der Ausstellungen des Archäologischen Landesmuseums sowie insbesondere des Wikingermuseums in Haithabu.

Von den Abgeordneten Volquartz und Dr. Rossmann auf die kommunalen **Archive** angesprochen, teilt St. Dr. Swatek mit, im Rahmen der zur Zeit diskutierten Funktionalreform werde in den nächsten Monaten auch die Frage erörtert werden, inwieweit das Archivgesetz umgesetzt werde. Auf eine Frage der stellvertretenden Vorsitzenden räumt er ein, würde das

Archivgesetz ab dem Jahre 2000 umgesetzt, würden die gegenwärtigen personellen Kapazitäten des Landesarchivs nicht ausreichen.

Eine Frage von Abg. Röper zur **Denkmalpflege** beantwortet er dahin, man bemühe sich, daß die Möglichkeiten der Steuerabschreibung von Maßnahmen des Denkmalschutzes im Steuergesetz mindestens erhalten blieben, eine Frage von Abg. Schröder dahin, bei der Wohnungsbauförderung werde im Rahmen eines entsprechenden Fonds der Investitionsbank versucht, Denkmalschutzaspekte zu berücksichtigen.

Abg. Röper appelliert, Auflagen denkmalgeschützter Häuser für private Investoren flexibel zu handhaben.

#### **IV. Gesellschaftliche Felder der Kulturarbeit**

Eine Frage von Abg. Volquartz zum **Deutschen Grenzverein** beantwortet der Staatssekretär dahin, vor dem Hintergrund eines sich verändernden Bedarfs müsse über die Entwicklung des Angebots an Tagungsstätten im Lande in einem offenen Prozeß mit den Beteiligten unter Moderation Dritter diskutiert werden. Die Grundlagen der Entscheidung, die bis Spätherbst fallen könne, würden allen Beteiligten bekannt sein.

Abg. Volquartz bittet darum, das Parlament rechtzeitig darüber zu informieren, auf welcher Grundlage eine mögliche Entscheidung getroffen werde.

#### **V. Instrumente der kulturellen Entwicklung und Wirtschaftsförderung**

Während sich St. Dr. Swatek auf eine Frage von Abg. Dr. Rossmann zur Bereitschaft, Kultur zu sponsern, eher pessimistisch äußert, läßt sich der Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums, Professor Dr. Spielmann, vorsichtig optimistisch ein: Es komme darauf an, potentielle Sponsoren individuell anzusprechen, ihnen die Vorteile (zum Beispiel steuerrechtlicher Art) aufzuzeigen und Sponsoring "mehr zum guten Ton werden zu lassen".

Während Abg. Dr. Rossmann auf eine stärkere Verbindung zwischen Wirtschaft und Kultur abhebt (zum Beispiel Unterstützung des Projektes "Künstler an die Schulen" durch die Wirtschaft), äußert Abg. Volquartz vor allem aus Gründen der Gleichbehandlung große Bedenken gegen Sponsorenfinanzierung in den Schulen.

Nach Einschätzung von St. Dr. Swatek muß die Verbindung zwischen Spender und gesponsertem Projekt deutlich werden (Event-Sponsoring).

Der Ausschuß nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD abschließend zur Kenntnis.

Unterbrechung der Sitzung von 13:00 Uhr bis 13:55 Uhr.

<b>c) Heimat- und Regionalkultur</b>	Antwort der Landesregierung auf die
Große Anfrage der Fraktion der CDU	Drucksache 14/464
(überwiesen am 13. März 1997 zur abschließenden Beratung; Fortsetzung der	
Beratung vom 7. August 1997)	

Abg. Volquartz beurteilt die Beantwortung der Großen Anfrage grundsätzlich positiv, bemängelt aber Mittelkürzungen beim SHHB und bei der Denkmalpflege und vermißt konkrete Aussagen zur mittelfristigen Finanzplanung.

Auf Fragen von Abg. Volquartz und der stellvertretenden Vorsitzenden macht Abg. Schröder darauf aufmerksam, im Rahmen der Dorferneuerung, der Weiterentwicklung der ländlichen Räume und des Tourismus (Einzelplan 08) würden kulturelle und denkmalpflegerische Aspekte ausgebaut. Im übrigen wirbt sie dafür, das Thema Denkmalschutz in den Schulen stärker zu berücksichtigen.

Auch die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage nimmt der Ausschuß abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Förderung der Kulturwirtschaft und Förderung kultureller Investitionen in den Landesteilen**  
Schreiben des Landeskulturverbandes vom 19. Juni 1997  
Umdruck 14/1042

Der Ausschuß kommt nach kurzer Diskussion überein, das an die kulturpolitischen Sprecher gerichtete Schreiben des Landeskulturverbandes als Anregung für die Fraktionen zu werten, die aufgrund des Schreibens aktiv werden könnten (betr. Förderung kultureller Investitionen in den Landesteilen im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen), und das Thema Anfang nächsten Jahres eventuell wieder auf die Tagesordnung des Bildungsausschusses zu setzen.

St Dr. Swatek weist darauf hin, daß der Kulturwirtschaftsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen vom fachlich zuständigen Wirtschaftsministerium vorgelegt und von der dortigen Landesbank finanziert worden sei, und äußert sich im Hinblick auf die Erstellung eines eigenen Kulturwirtschaftsberichts zurückhaltend.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stärkung des internationalen Studienstandortes Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/780 (überwiesen am 11. Juni 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Bildungsausschuß)

Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Weber (SPD) und Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 14/1037

Abg. Fröhlich wiederholt ihr Petitum, zu einer möglichst zügigen Verabschiedung des Antrages zu kommen, nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Einlassungen des Bundesinnenministers.

Abg. Geißler favorisiert demgegenüber die vorherige Durchführung einer Anhörung, problematisiert den ersten Spiegelstrich des Antrages, signalisiert aber grundsätzlich Zustimmung zu dem Antrag.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU spricht der Ausschuß die Empfehlung an den federführenden Innen- und Rechtsausschuß aus, den Antrag mit der aus Umdruck 14/1037 ersichtlichen Änderung anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Zukunft des Instituts für Toxikologie an der Medizinischen Universität zu Lübeck**

Einleitend stellt St Dr. Swatek den Sachverhalt dar (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage von Abg. Schwarz, Drucksache 14/889). Das Bildungsministerium schließe sich der Argumentation der Medizinischen Fakultät sowie des Rektorats der MUL an und werde dem Verbund der Toxikologie mit der Pharmakologie zustimmen. Der interdisziplinäre Ansatz werde Forschung, Lehre und Patientenversorgung gerecht. Der zukünftige Direktor des neuen Instituts für Pharmakologie und Toxikologie sei Facharzt für Pharmakologie und Toxikologie,

beide am derzeitigen Institut für Toxikologie beschäftigten Wissenschaftler würden in das neue Institut übernommen, mit der C 3-Professur werde nach wie vor eine Stelle speziell für toxikologische Fragestellungen zur Verfügung stehen.

Abg. Geißler und die stellvertretende Vorsitzende weisen auf die Einwände der Betroffenen hin, die von einer Zusammenlegung der beiden Institute negative Auswirkungen auf Forschung und Lehre im Bereich Toxikologie erwarteten; so befürchte zum Beispiel die Ärztekammer das Aus für den Studiengang Technisches Gesundheitswesen an der Fachhochschule Lübeck. Abg. Geißler bittet das Wissenschaftsministerium darum, vor Entscheidung über den zu erwartenden Antrag der Hochschule auf Zusammenlegung der beiden Institute das Thema im Bildungsausschuß erneut zu erörtern.

St Dr. Swatek macht noch einmal darauf aufmerksam, daß die Entscheidung der Medizinischen Fakultät einstimmig gefallen sei. Synergieeffekte könnten zum jetzigen Zeitpunkt nicht quantifiziert werden. Mit dem Verfahren, daß die Regierung mit einem Verwaltungsakt - nämlich der Genehmigung einer Satzungsänderung -, zu dem sie ihre Auffassung bereits dargelegt habe, von sich aus noch einmal an den Ausschuß herantreten solle, habe er Schwierigkeiten.

Abg. Weber empfiehlt der CDU-Fraktion, den normalen parlamentarischen Weg zu beschreiten. Er erkundigt sich nach Überlegungen zur künftigen Organisation des Instituts für Toxikologie an der CAU nach Pensionierung des jetzigen Institutsdirektors.

Nach Mitteilung von St Dr. Swatek gibt es dazu innerhalb der CAU noch keine konkreten Überlegungen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**a) Bericht der Landesregierung zur Auswirkung der Haushaltsbeschlüsse 1997 auf die personelle und finanzielle Situation der Hochschulen** Umdruck  
14/936

**b) Bericht der Landesregierung zum Hochschulsonderprogramm III**  
Umdruck 14/1015

Eine Frage von Abg. Geißler beantwortet St Dr. Swatek dahin, die Fortschreibung des Landeshochschulplanes werde man in den nächsten Jahren auf den Weg bringen; Ende des

Jahres könne ein konkreterer Zeitplan genannt werden. Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert er, die Länder folgten mittlerweile den Vorbehalten der DFG gegen eine fachspezifische Nachwuchsförderung.

Abg. Fröhlich möchte sichergestellt wissen, daß unter dem Programmpunkt Frauenförderung nur die Förderung von Wissenschaftlerinnen (und nicht Sekretärinnen) falle. Außerdem favorisiert sie in diesem Zusammenhang gegenüber dem Stipendienprogramm ein Stellenprogramm für Wissenschaftlerinnen. Schließlich bittet sie um Überprüfung, ob die auf Seite 19 des Berichts zu HSP III aufgeführte BAT II a-Stelle an der BU-Flensburg wirklich aus dem Grundhaushalt der Hochschule finanziert werde.

Auf Fragen von Abg. Geißler antwortet St. Dr. Swatek, hinsichtlich der Promotion von Fachhochschulabsolventen müsse noch mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden. Zur Inanspruchnahme der EU-Studierendenaustauschprogramme werde der Ausschuß eine Statistik erhalten. Im Multimediabereich gehe es darum, zügig flächendeckende Informationsnetze aufzubauen. An Abg. Fröhlich gerichtet, weist er darauf hin, daß das Ministerium in Sachen Frauenförderung intensive Gespräche mit den Frauenbeauftragten geführt habe; er verspreche sich von einem Stipendienprogramm größere Effekte.

Abg. Weber macht darauf aufmerksam, daß angesichts der Vielzahl der bevorstehenden Pensionierungen von Professoren in den nächsten Jahren die Chance bestehe, einen Teil der freiwerdenden Stellen mit qualifizierten Frauen wiederzubesetzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/906 (überwiesen am 28. August 1997)

Abg. Röper spricht sich wiederholt dafür aus, die PTA-Ausbildung im Schulgesetz zu verankern, um Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen.

Die Abgeordneten Dr. Rossmann und Schröder möchten - unabhängig von der Frage einer entsprechenden Schulgesetzänderung - den Bestand der PTA-Schule über den 1. August 1998 hinaus sichergestellt wissen.

St Köster räumt ein, daß das Bildungsministerium aufgrund der öffentlichen Diskussion und der angespannten Lage auf dem Ausbildungsplatzmarkt seine Haltung geändert und die Schulleiterin in Neumünster über die neue Beschlußlage mit Schreiben vom 20. August 1997 wie folgt informiert habe: Im Hinblick auf die vorgesehene Änderung des Schulgesetzes - namentliche Nennung der PTA-Schule im Schulgesetz - werde der Erlaß vom 12. Mai 1997 über die letztmalige Aufnahme von Bewerberinnen und Bewerbern für die PTA-Ausbildung zum 1. August 1997 aufgehoben, Bewerberinnen und Bewerber könnten wieder in den Bildungsgang aufgenommen werden, so daß das neue Schuljahr gesichert sei.

Der CDU-Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der CDU und F.D.P. ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, wobei die Vertreter der Regierungsfractionen größtenteils gar keine Stimme abgeben.

Gegen den Protest der CDU läßt die stellvertretende Vorsitzende die Abstimmung auf Bitten der SPD wiederholen, weil die SPD Abstimmungsirritationen geltendmacht und Abg. Dr. Rossmann erklärt, er habe es bedauerlicherweise versäumt zu beantragen, über die Zurückstellung der Beschlußfassung über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Sodann wird der CDU-Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

- a) **Hochbegabtenförderung** Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/150 (überwiesen am 15. August 1996)
- b) **Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen**  
Bericht der Bildungsministerin Umdruck 14/518
- c) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/899
- d) **Hochbegabtenförderung in der Grundschule** Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/900
- e) **Bericht über das Konzept zur Förderung von besonders begabten Kindern und Jugendlichen** Bericht der Landesregierung Drucksache 14/796  
(überwiesen am 28. August 1997)

Abg. Röper - unterstützt von Abg. Dr. Klug - mahnt an, das Schulgesetz und die Grundschulordnung angesichts der jahrelangen Diskussion wie von der CDU beantragt zügig

zu ändern, um sicherzustellen, daß die vorgesehenen Regelungen (Einschulung ab 5. Lebensjahr, Überspringen von Klassenstufen) für hochbegabte Kinder spätestens zum Schuljahr 1998/99 griffen. Das Konzept der Landesregierung enthalte zwar hehre Absichten, zeige aber wenig konkret auf, welche Maßnahmen wann tatsächlich umgesetzt würden.

St Köster teilt mit, die im Förderkonzept genannten Maßnahmen würden bereits zum Schuljahr 1997/98 in Angriff genommen. Für die Vorbereitung der KMK-Konferenz im Oktober in Konstanz gebe es ein Papier der Amtschefkonferenz zu Empfehlungen für alle Bundesländer zur Änderung der Schuleingangsphase, Stichtagsregelung für die Einschulung. Das Bildungsministerium gehe davon aus, daß - unabhängig von der Beratung der Schulgesetznovelle - für die besonders begabten Kinder und Jugendlichen zum Schuljahr 1998/99 eine Lösung gefunden werden müsse.

Wenngleich auch Abg. Dr. Rossmann sichergestellt wissen möchte, daß die in Rede stehenden Maßnahmen zur Hochbegabtenförderung zum Schuljahr 1998/99 gelten, beantragt er, die Beschlußfassung über die CDU-Initiativen, Drucksachen 14/899 und 14/900, bis zur erwarteten Entscheidung der Kultusministerkonferenz im Oktober zurückzustellen.

Nach den Worten von MDgt Dr. Köster-Bunselmeyer ist es unbedenklich, die in Rede stehenden Regelungen zur Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher im Vorgriff auf die Verabschiedung der Schulgesetznovelle zum Schuljahresbeginn 1998/99 anzuwenden; das gelte insbesondere für das Überspringen von Klassenstufen, von dem zur Zeit nicht hinreichend Gebrauch gemacht werde. Hinsichtlich der Aus-, Fort- und Weiterbildung und der Clearing-Stelle sei man gegenwärtig dabei, in Sachen Hochbegabung intern Kompetenz aufzubauen; im November werde eine entsprechende Fachtagung stattfinden.

Der Ursprungsantrag Drucksache 14/150 wird mit Zustimmung der antragstellenden CDU-Fraktion für erledigt erklärt; den Bericht der Landesregierung Drucksache 14/796 nimmt der Ausschuß zur Kenntnis.

Mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen wird die Beschlußfassung über den CDU-Gesetzentwurf, Drucksache 14/899, und den CDU-Antrag, Drucksache 14/900, zurückgestellt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums zum "Datenskandal" an der Lübecker Brockes-Schule**

St Köster schildert kurz den Sachverhalt und bedauert den Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen, der aber nicht absichtlich herbeigeführt worden sei. Gegen den Schulleiter, der für den Vorgang, daß schülerbezogene Daten an die Öffentlichkeit gelangt seien, die Verantwortung übernommen habe, sei ein disziplinarisches Vorermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Schulen würden regelmäßig auf die Einhaltung der Datenschutzbelange hingewiesen. Grundsätzliche Probleme bei der Aktenvernichtung gebe es nicht.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

Abg. Röper bittet das Bildungsministerium um schriftliche Stellungnahme zu Umdruck 14/1043 (Einrichtung von Bezirksfachklassen betr. Ausbildung im Nahrungsmittelgewerbe).

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

gez. Caroline Schwarz  
stellvertretende Vorsitzende  
Protokollführer

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und